

## Die Kirchen in der Demokratie

Zwar ist eine liberale, rechtsstaatliche und soziale Demokratie keine perfekte Ordnung. Aber als ein Gefüge von Institutionen und Regeln, das von bürgerschaftlichem Ethos getragen wird und das einen sozialen Ausgleich sowie einen friedlichen Modus zur Austragung von Konflikten ermöglicht, erweist sich die Demokratie nicht nur normativ, sondern auch praktisch als die in dieser Welt bestmögliche politische Ordnung. Als Kirchen bejahen wir die Demokratie aus einer tiefen, im christlichen Glauben gegründeten Überzeugung. Das Evangelium und die Welt, in der wir leben, sind untrennbar miteinander verwoben – und zwar zuallererst durch Gott selbst, der in Jesus Christus Mensch geworden und der in diese Welt gekommen ist, um sie zum Heil zu führen. Jesus Christus, der Gekreuzigte und Auferstandene, beruft Menschen zur Freiheit. Die freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie mit ihrem unbedingten Respekt vor der Würde des Menschen und seinen unveräußerlichen Rechten bringt diesen Freiheitsimpuls des Evangeliums unter allen Staatsformen am deutlichsten zum Ausdruck. Im Einsatz für diese demokratische Ordnung wissen wir uns auch mit denjenigen Menschen verbunden, die unseren christlichen Glauben nicht teilen, aber aus anderen Quellen und Überzeugungen für die Demokratie eintreten. Darin wird deutlich: Auch wenn die Kirchen kein eigenes politisches Programm verfolgen, so ist ihre Verkündung des Evangeliums deshalb doch alles andere als unpolitisch.

Eine Besinnung auf die künftige Gestaltung demokratischer Politik muss für uns Kirchen mit einem kritischen Blick auf unsere eigene Geschichte verbunden sein: Als Kirchen haben wir den modernen Ideen von Demokratie und

Rechtsstaatlichkeit lange Zeit skeptisch, teilweise sogar ablehnend gegenüberstanden. Gerade die deutsche Geschichte lehrt uns, dass wir auf fatale Weise gefehlt haben. In den großen Katastrophen des 20. Jahrhunderts erkennen wir: Die rechtsstaatliche Demokratie ist die beste Garantie für die Wahrung der Freiheit, der Würde und der Rechte jedes einzelnen Menschen.

Aus dieser Erkenntnis leiten wir die Pflicht ab, uns als Kirchen aktiv für die Demokratie einzusetzen und unser gesellschaftliches Handeln auf eine Stärkung der demokratischen Ordnung auszurichten. Wir fühlen uns den Menschen im Hier und Jetzt verpflichtet. Staatliche Regeln und Institutionen sind alleine noch nicht hinreichend, um den Fortbestand der Demokratie zu sichern. Eine lebendige Demokratie ist vielmehr darauf angewiesen, dass sie in eine politische Kultur und in gesellschaftliche Institutionen eingebettet ist. Genau dies meinen wir, wenn wir von der Notwendigkeit einer „demokratischen Sittlichkeit“ sprechen. Als Kirchen nehmen wir teil am gesellschaftlichen Leben und tragen Mitverantwortung für die Bewahrung, Gestaltung und Förderung demokratischen Lebens.

Demokratie lebt von Partizipation, also davon, dass möglichst viele Menschen sich in den demokratischen Institutionen und Prozessen einbringen. Dazu gehört nicht nur das Engagement in Parteien, sondern auch in den vielfältigen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Gruppen, nicht zuletzt auch in den Kirchen. Verantwortung für das Gemeinsame und das Gemeinwesen zu übernehmen, ist nicht nur Aufgabe der staatlichen Ordnung. Eine lebendige und selbstbewusste Zivilgesellschaft ist eine der wichtigen Voraussetzungen der Demokratie.

Quelle: Vertrauen in die Demokratie stärken. Ein Gemeinsames Wort der deutschen Bischofskonferenz und des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland, 2019, S. 27-29.

### Anregungen zur Weiterarbeit:

1. Beschreiben Sie den christlichen Freiheitsbegriff, der diesem Text zugrunde gelegt wird.
2. Informieren Sie sich über die politische Positionierung der christlichen Kirchen in Deutschland zur Zeit des Nationalsozialismus. Erläutern Sie, inwiefern die Kirchen in diesem Text Stellung beziehen zu ihrem damaligen Verhältnis zur Politik.
3. Nehmen Sie begründet Stellung dazu, ob sich die Kirchen grundsätzlich politisch positionieren sollen.